

ND vom 17.9.2005

Grundrechte-Komitee inspiziert Abschiebe-Lager

"Flüchtlinge in Bramsche werden isoliert und ausgegrenzt"

Mit einer "öffentlichen gewaltfreien Inspektion und Demonstration" wollen das Komitee für Grundrechte und Demokratie und das No-Lager-Netzwerk am 24. September gegen das Abschiebelager im niedersächsischen Bramsche protestieren.

Von Reimar Paul

Der Name war gefälscht, Conrad Bramm hieß in Wirklichkeit Colorado Vladimir Bramsco. Weil der Betrug aufflog, sollte der Mann aus Deutschland ausgewiesen werden. Obendrein verlor er sein Amt als Leiter des Asylbewerberlagers Bramsche-Hesepe, die bis dahin zu Unrecht erhaltenen Vergütungen musste er zurückzahlen. Doch die Abschiebung scheiterte, Bramm hatte sich der Maßnahme durch Flucht entzogen. Das Straßentheaterstück vor dem Wohnhaus von Bramm im niedersächsischen Bramsche war eine von vielen Aktionen, mit denen Flüchtlinge und ihre Unterstützer vor einem Jahr auf die Zustände im größten deutschen Abschiebelager bei Osnabrück aufmerksam machten.

Mehr als 500 Menschen werden dort in einer ehemaligen Bundeswehrkaserne festgehalten - abgelehnte Asylbewerber ungeklärter Identität etwa oder Asylsuchende, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, von den Behörden aber als aussichtslos eingeschätzt wird. Erklärtes Ziel ist es, bestehende Abschiebehindernisse zu beseitigen oder die Flüchtlinge sogar zur "freiwilligen Ausreise" zu drängen. Dies geschieht durch "Beratung", aber auch durch Druck: Den Betroffenen wird das ohnehin karge Taschengeld gekürzt oder ganz gestrichen, Ein-Euro-Jobs und andere kleinere Arbeitsmöglichkeiten werden ihnen vorenthalten.

Nach offiziellen Angaben funktioniert das hervorragend. 358 Menschen seien im vergangenen Jahr aus Bramsche "zurückgeführt" worden, vermeldet stolz die niedersächsische Landesregierung als Betreiber des Lagers. 208 Flüchtlinge wurden in ihre Heimatländer abgeschoben, 55 wurden in aufnahmebereite Drittstaaten ausgeflogen, 95 reisten "freiwillig" aus.

Alle für die Asylsuchenden lebenswichtigen Einrichtungen und Behörden haben ihren Sitz oder wenigstens eine Außenstelle im Lager. Das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen ist ebenso vertreten wie das Sozialamt, mittlerweile gibt es in Bramsche sogar eine kleine Lagerschule. Die Flüchtlinge können das Lager zwar durch eine kontrollierte Pforte verlassen, müssen aber immer wieder zurückkehren, um ihre Asylangelegenheiten zu regeln und minimale soziale Ansprüche geltend zu machen. Unterkunft, Verpflegung, ambulante medizinische Versorgung und 40 Euro Taschengeld gibt es nur im Lager. Die gesetzliche Residenzpflicht beschneidet die Bewegungsfreiheit zusätzlich.

"Die Konzeption des Lagers befördert die soziale Isolation der Flüchtlinge und die Ghettoisierung nach außen", urteilt das Grundrechte-Komitee. Auch die Landesregierung bestätigt, dass eine Integration der Betroffenen gar nicht beabsichtigt ist. Die Flüchtlinge würden deshalb in Lager eingewiesen, damit sich ihr "unberechtigter Aufenthalt" nicht verfestige und verlängere, heißt es in Hannover.

Trotz ihrer Isolierung haben Flüchtlinge in Bramsche-Hesepe immer wieder gegen ihre Lebensbedingungen aufbegehrt. Sie organisierten Blockaden der Lagerpforten und knüpften Kontakte zu Unterstützern außerhalb des Lagers. Im vergangenen Jahr beklagten 40 tschetschenische Flüchtlinge in einem Offenen Brief ihre Lage. "Wir halten es nicht aus in diesem Lager hinter Stacheldraht, wir befinden uns alle am Rande des Zusammenbruchs", hieß es darin. "Wir kennen unsere Rechte nicht, man gibt uns keine Informationen". Eltern, volljährige und kleine Kinder mussten teilweise seit Monaten in einem einzigen Zimmer zusammen leben.

Die Inspektion des Lagers am 24. September soll die "staatlich gewollte Isolation und Desintegration der Flüchtlinge wenigstens für einen Tag unterbrechen", erklärt das Komitee für Grundrechte und Demokratie. Treffpunkt für Teilnehmer ist um 12 Uhr am Bahnhof Hesepe.